

Herr Gleß erinnerte daran, dass der Umbau der Kreuzungsmaßnahme gefördert wird. Die Realisierung einer Kreisverkehrsanlage sei eine wesentliche Änderung, die eine Änderungsanzeige gegenüber dem Fördergeber erforderlich machen wird. Diese Änderungsanzeige sei noch nicht getätigt worden. Sie wird gefertigt, wenn aus der heutigen Sitzung die Realisierung eines Kreisverkehrs beschlossen wird. Die Frage werde dann sein, ob man durch die Änderungsanzeige aus der Förderung herausfällt oder die Bezirksregierung die Änderung akzeptiert. Vergleichstechnisch halte er die Kreisverkehrsanlage an dieser Stelle für eine Ultima Ratio.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte fest, dass mit der Realisierung des Kreisels ein erheblicher Fortschritt erzielt wird. Er rege bezüglich der Radfahrerführung an, dass das Leiten von Fahrradfahrern in einen Kreisverkehr deutlich sicherer sei, als die Radfahrer gemeinsam mit den Fußgängern über Furten zu führen. Diesbezüglich bittet er die Planung zu überarbeiten.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion begrüßte die Sitzungsvorlage. Ihn freue das Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Bürgern und Politik. Man sei mit der Planung in eine Bürgerversammlung gegangen, die dortigen Anregungen und Bedenken seien fast vollständig in den Plan eingeflossen.

Frau Mölders für die CDU-Fraktion unterstrich das von Herrn Metz Gesagte und teilte mit, dass ein Radfahrer leicht übersehen wird, wenn er gemeinsam mit den Fußgängern durch eine Furt geführt werde. Mit der jetzt vorgestellten Planung befürchte sie einen Unfallschwerpunkt. Ferner wies sie auf die Anordnung der Zebrastreifen hin. Diese lägen in der vorgestellten Planung dicht am Kreisverkehr, was zur Folge haben könnte, dass ein Fahrzeug im Kreisel stoppen würde, wenn sich ein Fußgänger auf dem Zebrastreifen befände. Hinter dem wartenden Auto könne kein weiteres Fahrzeug mehr den Kreisel nutzen. Sie schlage vor, die Zebrastreifen weiter weg vom Kreisel anzulegen. Mit der Lösung, den Fahrradfahrer auf die Straße zu führen, könnte man ihres Erachtens auf die teuren Verkehrsinseln verzichten, wenn gleichzeitig die Zebrastreifen nach außen gezogen würden.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! schloss sich hinsichtlich der Lage der Zebrastreifen an das von Frau Mölders Gesagte an. Seien sie dicht am Kreisel angebracht, ergebe sich für viele Radfahrer die Versuchung, über die Zebrastreifen statt im Kreisel zu fahren. Auch er schlug vor, die Zebrastreifen weiter weg vom Kreisel zu rücken. Für ihn stelle sich die Frage, wenn es nicht zum Kreisausbau komme, ob man die Kreuzung doch so bauen würde wie im Plan angezeigt, zwar ohne Kreisel aber dann mit der Signalanlage.

Von der CDU-Fraktion stellte Herr Müller die Frage, ob die Führung der Radfahrer durch den Kreisverkehr möglich sei oder ob es Richtlinien gäbe, die dagegen sprechen. Vor der Verlegung der Zebrastreifen würde er warnen unter Hinweis auf die Bequemlichkeit der Fußgänger. Außerdem stellte er die Frage, ob es durch die Anzahl der Fußgänger überhaupt zu einer Staubildung kommen könnte. Seines Erachtens käme es wegen geringfügiger Fußgängeranzahl nicht zu der befürchteten Staubildung.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass ihn aufgrund der Diskussion die

Radwegführung noch nicht überzeugen. Er teile die Vorschläge von Frau Mölders. Bezüglich der Querungen auf der Alten Heerstraße meinte er, dass man über die Einsparung der Mittelinsel nachdenken sollte.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion unterstützte Herr Müller, weil er meine, es mache Sinn, die Zebrastreifen nahe der Mittelinsel zu belassen. Wenn er richtig informiert sei, beginne am Ende des Zebrastreifens das Grüne C. Das würde sehr häufig von Anwohnerinnen und Anwohnern mit Hunden benutzt. Das seien auch die, die potentiell über die Straße gehen. Diese würden sicherlich den kurzen Weg bevorzugen.

Herr Hennig führte aus, dass man – wie von Herr Metz ausgeführt – zunächst angedacht hatte, den Fahrradverkehr durch den Kreisverkehr hindurchzuleiten. Das kollidiere aber durch den im Norden einmündenden Weg des Grünen C, da dieser auch an den Kreisverkehr eingebunden werden soll. Mit der Rampenführung hätte man, wo eigentlich der Weg einmündet, dann Hochbordsteine. Das könne nicht funktionieren. Die anderen Anregungen könne er nicht teilen, da dieser Kreisverkehr all das habe, was nach der Kreisverkehrssicherheitsforschung Sicherheit bringen wird. Die Radfahrerfurt hat Vorfahrt vor den Ein- und Ausfahrenden und die Radfahrerfurt liegt genau eine Fahrzeuglänge vor der Kreisfahrbahn.

Herr Weber von der CDU-Fraktion stellte sich als passionierten Radfahrer vor. Für ihn machen sich die Unterschiede der verschiedenen Kreisel bemerkbar und er führte als Beispiel die Kreisel der Rathausallee an. Er fahre lieber durch den Kreisel an der Fachhochschule. Hier fühle er sich sicher, weil dort direkt der Fahrradweg in den Kreisel hineingeführt wird. Bei der Einfahrt Im Spichelsfeld-Nord müsse man über den Zebrastreifen, hier sei es oft brenzlig.

Der Ausschussvorsitzende bestätigte noch einmal, dass mit Beschluss des heutigen Tages Ziel sein werde, einen Kreisverkehr durchzusetzen. Die Planung mit der Ampelsignalanlage komme nur dann zum Tragen, wenn der Kreisverkehr nicht geht.

Frau Mölders wies auf die an der Alten Heerstraße liegende Mauer hin. Diese würde die Sicht behindern sowohl für die Fahrradfahrer als auch für die Autofahrer, die aus Richtung Niederpleis in Richtung Hangelar fahren.

Hierzu teilte Herr Hennig mit, dass das Problem zwar heute bestehe, es aber zukünftig entfalle, da im Wege des Vorkaufsrechts eine Teilfläche aus dem Grundstück gekauft worden sei. Die Mauer werde nach hinten versetzt, dann seien die Sichtbeziehungen einwandfrei. Bezüglich der Furten stellte er nochmals fest, dass dies fachlich geprüft wurde.

Herr Metz meinte, dass es nicht Sinn mache, den Plan auf den Zentimeter genau zu beschließen. Das aus der Diskussion Entnommene sollte von der Verwaltung noch einmal geprüft werden, der Ausschuss mag aber jetzt grünes Licht zur Planung geben.

Herr Züll griff das von Herrn Metz Gesagte auf und stellte fest, dass es heute um einen Grundsatzbeschluss gehe. Bis zum Zeitpunkt der Vorlage des Bewilligungsbescheides aus Düsseldorf werden zumindest eine, wenn nicht zwei UPV-Sitzungen vergehen.

Herr Gleß bekräftigte, dem von Herrn Metz gemachten Vorschlag zu folgen. Er biete an, dass die heute in der Sitzung gemachten Anregungen noch einmal durchgeprüft werden. Sollte es zu Änderungen kommen, würden die Fraktionen von diesen Änderungen in Kenntnis gesetzt werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion wollte wissen, wie zu verfahren sei, falls es vor dem finanziellen Hintergrund nicht zur Kreisellösung kommen sollte.

Herr Gleß merkte an, dass man mit der Kreisverkehrsanlage wohl einen Treffer bei der Bezirksregierung landen würde. Andernfalls müsse man sich zwischen Verwaltung und Politik ins Benehmen setzen. Rückfallebene sei die konventionelle Lösung, für die die entsprechende Zusage vorliegt. Aber dann wäre zu diskutieren, ob man diese konventionelle Lösung noch wolle, oder, wenn es mit einer Förderung nicht funktioniert, dann die Maßnahme über den städtischen Haushalt finanziert wird.

Dann lies der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.